



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

/ZVII/86 - 24. April 1952

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
	<u>"Blauer Himmel"</u> Bei der SPD in die Schule gegangen.	47
1 - 2a	<u>Vernachlässigte Gemeinschaftsaufgaben</u> Leidtragende: Bundesbahn und Strassenbau Von unserem finanzpolitischen Mitarbeiter	63
1 - 4	<u>Schwarzer Freitag in Athen</u> 200 000 Griechen demonstrieren gegen Regierungspolitik Von Dr. Basil Katiopoulos	92
5 - 7	<u>Von Dorf zur Industriegroßstadt (III und Schluss)</u> Oberhausen - Bedeutende Persönlichkeiten Von Erik Emig	140

* * * * *
* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

"Blauer Himmel"

Bei der SPD in die Schule gegangen

sp - Fast auf den Tag vor einem Jahr haben hohe und höchste Persönlichkeiten der CDU den Sozialdemokraten vorgeworfen, Kanzlerkandidat Willy Brandt sei ein Demagoge; er verspreche kurz vor der Bundestagswahl "das Blaue vom Himmel" oder "den blauen Himmel in Ruhrgebiet". Kabarettisten und andere Kommentatoren des Zeitgeschehens schossen ganze Breitseiten von Spott auf das sozialdemokratische Regierungsprogramm, in dem bekanntlich u.a. als eine grosse innenpolitische Gemeinschaftsaufgabe die Säuberung der verpesteten Luft, besonders über dem Ruhrgebiet, gefordert worden war.

Die SPD hatte sich die Sache nicht leicht gemacht. Wissenschaftler, bedeutende Kommunalpolitiker, Ärzte und andere Experten des Gesundheitswesens waren lange vor Verkündung des sozialdemokratischen Regierungsprogramms um ihre Meinung befragt worden. Eine umfangreiche Dokumentation bewies, dass Millionen unserer Mitbürger schwere gesundheitliche Schäden drohen, wenn nicht sehr bald der Verseuchung der Luft in den Industriegebieten Einhalt geboten wird.

Wir wissen heute, dass schon wenige Tage nach den abwertenden Kommentaren zu dieser sozialdemokratischen Forderung namhafte CDU-Politiker des Ruhrgebiets wütende Briefe an die Bundesleitung der CDU nach Bonn schickten und anfragten, ob man denn von allen guten Geistern verlassen sei. Kurz darauf fuhr Ministerpräsident Meyers nach den Vereinigten Staaten, besuchte dort unter anderem die Stahlmetropole Pittsburgh und verkündete nach seiner Rückkehr dem staunenden Volk von Nordrhein-Westfalen, es müsse und könne etwas zur Entpestung der Luft an Rhein und Ruhr geschehen.

Jetzt, wenige Wochen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, hat sich die CDU-Landesregierung die sozialdemokratische Forderung endlich offiziell zu eigen gemacht und verkündet mit Hilfe bunter Plakate Landauf, Landab - natürlich auf Kosten der Steuerzahler - sie werde jetzt den Himmel über der Ruhr säubern. Zur Vorbereitung dieser Kampagne wurde im Landtag von Nordrhein-Westfalen ein alter sozialdemokratischer Gesetzentwurf, der noch vor vier Jahren von der CDU abgelehnt worden war, auf neu aufgebügelt und steht nun als Schlager Nr. 1 an der Spitze des Wahlprogramms der nordrhein-westfälischen CDU.

Natürlich sind wir über diese Entwicklung nicht böse, denn es ist immer angenehm zu wissen, dass eine gesundheitspolitische Forderung von möglichst vielen politischen Kräften getragen und befürwortet wird. Nur fragen wir uns, ob die Leute, die jetzt so tun, als hätten sie diese Forderung erfunden, nicht doch etwas mehr Fairness zeigen könnten. Es wäre zum Beispiel wunderbar, wenn die CDU Nordrhein-Westfalens etwa sagen würde: "Wir haben vor einem Jahr im Eifer des Bundestagswahlkampfes der SPD und ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt unrecht getan; jetzt wollen wir das wieder gutmachen und stellen uns uneigennützig und ohne jeden Parteeigotismus zur Durchsetzung dieses unseren ganzen Volk nützlichen Anliegens zur Verfügung".

Sicher ist das zu viel verlangt. Zu gross scheint der Schatten zu sein, über den die CDU springen müsste.

Vernachlässigte Gemeinschaftsaufgaben

Von unserem finanzpolitischen Mitarbeiter

Der Herr Bundeskanzler hat bei der diesjährigen Haushaltsberatung im Bundestag ein weiteres Mal die Notwendigkeit der parlamentarischen Opposition anerkannt und die SPD zur konstruktiven Mitarbeit aufgefordert. Dieses Aufrufs hätte es nicht bedurft. Die SPD hat diese Aufgabe in allen vergangenen Jahren im Sinne einer lebendigen Demokratie erfüllt, obgleich die Regierungsparteien ihr die Ausführung nicht immer leicht gemacht haben. Nach einigen hoffnungsvollen Anzeichen einer sachlichen Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition zu Beginn dieser Wahlperiode, haben die zu Ende gegangenen Haushaltsberatungen im Bundestag wieder einmal erkennen lassen, daß es die Regierungsparteien offenbar doch nicht so ernst damit meinen, wie sie so oft behaupten.

Anders ist es nicht zu erklären, daß die allgemein anerkannten maßvollen Anträge der SPD zur zweiten und dritten Lesung des Bundeshaushalts 1962 in so seltener Einmütigkeit abgelehnt worden sind. Es wurde kein Argument vorgebracht, das die sachlichen Begründungen der SPD-Anträge hätte erschüttern können. Hierfür gibt es zwei überzeugende Beispiele:

Notwendige Investitionen müssen ausbleiben

Der Haushaltsausschuß hatte gegen die Stimmen der SPD-Vertreter den Zuschuß für die Bundesbahn in der Regierungsvorlage unvermittelt um 280 Millionen DM gekürzt. Für die zweite Lesung hatte die SPD beantragt, diese Kürzung wenigstens zum Teil rückgängig zu machen, weil der Kürzungsbeschluß des Haushaltsausschusses so etwas wie ein "Schwabenstreich" empfunden wurde. Die Begründung der CDU, daß die Kürzung um 280 Millionen DM im Rahmen des 8-Mrd.-Wirtschaftsplans der Bundesbahn ohne Schwierigkeiten "verkräftet" werden könne, erscheint wenig stichhaltig, denn wo soll die Bundesbahn die Kürzung des Zuschusses anders einsparen als bei den Investitionen? Als zwangsläufige Folge werden daher die so dringend für notwendig gehaltenen Rationalisierungen gekürzt oder zurückgestellt werden müssen. Ob dies bei der gegenwärtigen Konjunkturlage gerade zweckmäßig ist, bleibt abzuwarten, noch dazu, wo die Bundesbahn einen großen Teil ihrer Aufträge an die Berliner Wirt-

schaft vergeben pflegt. Auch dürfte es der Bundesbahn unter diesen Umständen kaum möglich sein, ohne verstärkte Rationalisierungsinvestitionen ihre Wirtschaftsführung wieder rentabel zu machen.

Auf Kosten der Verkehrssicherheit

2. Noch unverständlicher erscheint der Beschluß des Bundestages, den Straßenbau in die 20-prozentige Konjunktursperre einzubeziehen. Niemand hat bisher ernstlich behauptet - auch heute noch nicht -, daß im Straßenbau konjunkturelle Überhitzungserscheinungen vorhanden seien. Im Gegenteil wird von den Fachleuten aller Parteien immer wieder darauf hingewiesen, daß im Straßenbau eine nicht unerhebliche Kapazitätsausweitung möglich ist, ohne Überhitzungserscheinungen befürchten zu müssen. Unbegreiflich, wie unter diesen Umständen eine Kürzung des Straßenbaus motiviert wird. Der Hinweis der Bundesregierung, daß die Mittel ja "nur gesperrt" sind, ist kein sachliches Argument. Warum müssen die Haushaltsmittel für den Straßenbau erst gesperrt werden, wenn kein Anlaß oder angeblich auch keine Absicht besteht, den Straßenbau einzuschränken?

Mit Zustimmung des Verkehrsministeriums?

Auf jeden Fall ist sicher, daß durch diese Maßnahme der Straßenbau mindestens in diesem Jahr verzögert wird. Für welchen Zweck sollen die "eingesparten Mittel" verwendet werden? Wie ist ein solches Verfahren mit der Zweckbindung nach dem Straßenbaufinanzierungs-Gesetz vereinbar? Der Bundesbürger hat allen Anlaß, mißtrauisch zu sein. Besteht etwa die Absicht, den Straßenbau auf die Dauer wieder zu vernachlässigen, oder die Zweckbindung aufzuheben oder einzuschränken? Wir machen die Öffentlichkeit rechtzeitig aufmerksam und warnen davor, die Zweckbindung der Kraftfahrzeugabgaben zugunsten des Straßenbaus anzutasten! Die jetzige Sperre gefährdet den zügigen Ausbau der Straßen und die rechtzeitige Durchführung des vom Bundestag beschlossenen Straßenbauplanes. Wir fragen den Herrn Bundesverkehrsminister, ob diese Maßnahmen mit seinem Einverständnis erfolgt sind.

Schwarzer Freitag in Athen

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Am Karfreitag glich Athen einem Hexenkessel. Seit sieben Uhr früh hatten sämtliche staatlichen Sicherheitsorgane der Hauptstadt und des Hafens Piräus erhöhte Alarmbereitschaft. Nach den beiden Studentendemonstrationen am Mittwoch und Freitag der zweiten Aprilwoche, bei denen es jedes Mal über 100 Verletzte gegeben hatte, war die Regierung nervös geworden.

Was war in Athen los? Am 6. April hatte die Zentrumsopposition bei den Nachwahlen in Saloniki einen eindeutigen Sieg errungen, während die ERE aufgrund der nachgewiesenen Wahlfälschungen runde 20 Prozent ihrer Stimmen vom Oktober letzten Jahres einbüßte. Daraufhin hatte die Zentrumsunion für den 20. April, abends 19 Uhr 30, eine öffentliche Versammlung einberufen. Obwohl das Vorhaben dem Artikel 10 der griechischen Verfassung entsprach, versuchte die Regierung - wohl informiert über die Stimmung im Volk! - eine Massenversammlung unter freiem Himmel "in Erwartung anarchistischer Ausschreitungen" zu verhindern. Die geplante Kundgebung wurde kurzerhand als gesetzwidrig erklärt, nur ein geschlossener Raum zu einer mehr oder weniger partei-internen Versammlung zugelassen und das Volk über Funk und Presse aufgefordert, nicht an der "gesetzwidrigen Versammlung" teilzunehmen.

"Innere Besatzungsmacht"

Diese drakonischen Anordnungen sollten Karamanlis das Gesicht kosten. Die zwischen 5000 und 6000 Mann starken Polizeikader verbreiteten zwar seit den frühen Morgenstunden eine eisige Atmosphäre im Athener Strassenbild, doch sie konnten den Lauf der Ereignisse nicht mehr aufhalten. Ab 17 Uhr 30 war eine absolute Lahmlegung der öffentlichen Verkehrsmittel angeordnet, die Verkehrsknotenpunkte der Stadt von starken Polizeitruppen besetzt, die Zufahrtsstrassen zum Stadtzentrum abgesperrt und rings um den Platz des heiligen Georg Karitsis ein starker Absperrgürtel gelegt. Und trotzdem waren nach vorsichtiger Schätzung 200 000 Athener zum Versammlungsplatz unterwegs. Studenten, Handwerker, Akademiker, Geschäftsleute und Arbeiter - in einer bisher nie erlebten Einmütigkeit bekundeten sie ihre Meinung, wahrten ihre Rechte. Und dies trotz Wasserwerfer, Gummiknüppel und Tränengas. Tausenden gelang es, die Absperrung zu durchbrechen.

Pünktlich zur angesetzten Zeit erschien Papandreu, niedergeschlagen und empört zugleich über die ungeheuren Ereignisse. "Die staatlichen Sicherheitsorgane, Militärfahrzeuge und Soldaten wurden nicht gegen Landesfeinde oder Banditen eingesetzt, sondern gegen uns - gegen griechische Staatsbürger, gegen friedliebende, freiheitsliebende Demokraten! ... Die illegitime Regierung hat sich nun endgültig selbst als innere Besatzungsmacht entlarvt. Dem freien Griechen bleibt nur noch die Alternative des nationalen Widerstandes. Diesen Widerstand werden wir mit allen Mitteln bis zur Befreiung unseres Volkes durchführen!"

Die Unruhe hält an

Über 5 000 Demonstranten hatten sich auf dem Rathausplatz verbarrikadiert und lieferten bis nach Mitternacht den Polizeieinheiten einen verbissenen Kampf. Hunderte wurden als "Rädelsführer" verhaftet, über 150 mussten sich in ärztliche Betreuung begeben. Selbst fünf Abgeordnete des Zentrums wurden geschlagen, zwei weitere verwundet, obwohl sie deutlich als Parlamentarier erkenntlich waren. "In Athen ist von der Regierung der Belagerungszustand verhängt" informierte das Deutsche Fernsehen in den Abendnachrichten des Karfreitag. "Athen zeigte das gleiche Gesicht wie während der Besatzungszeit des zweiten Weltkrieges" - so die "Eleftheria".

Ob Karamanlis diesen Schlag verwinden wird? Die von ihm als gesetzwidrig erklärte Versammlung einer Partei wurde zur vielsagenden Demonstration des Volkes. Das einmütige Bekenntnis der Athener zu ihren demokratischen Grundrechten steht für die moralische Kraft und innere Überzeugung der Griechen. Es sind dieselben Griechen, die 1944 unter der Regierung Papandreou in einem verzweifelten Kampf ihr Land vor dem Kommunismus retteten. Es sind dieselben Griechen, die bestürzt über den blutigen Terror der äussersten Linken jahrelang ihr politisches Geschick radikalen Rechtskräften anvertrauten. Diese aber entpuppten sich immer deutlicher als ein Regime, das nichts mit dem westlichen demokratischen Konservatismus gemein hat. Das Volk selbst widerlegt nun den Irrtum. "Für den Usurpator und seine Helfershelfer ist das Ende gekommen" (Papandreou). Nicht Parolen aus dem Schlagwortrepertoire der Linksradikalen und Kommunisten wurden auf Transparenter und in Sprechhören laut. "Gebt uns eine Demokratie!" "Wir fordern Neuwahlen!" "Macht Athen nicht zu Ostberlin!" Kann die Verbitterung eines Volkes sprechender sein?

Was wird der König tun ?

Alles deutet darauf hin, dass der Karfreitag in Athen die grosse Generalprobe war. Die Regierung wird sich vor weiteren Kurzschlüssen hüten müssen. Entscheidend wird die Haltung der Zentrumsopposition sein, die zum ersten Mal sich einer weitgehenden Regierungsanordnung unter voller Billigung des Volkes widersetzte. Wie bereits im März auf der Insel Kreta und jetzt in Athen sollen in allen grösseren Städten Griechenlands politische Kundgebungen starten. Die Zentrumsunion hat angekündigt, dass man selbst während der NATO-Tagung vom 3. bis 6. Mai in Athen Wege finden werde, um dem internationalen Gremium einen unmittelbaren Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse Griechenlands zu gewähren.

Die Stunde des Königs hat geschlagen. Was wird er tun? Für die Wahrheit des griechischen Volkes gibt es nur einen Weg, um eine vernünftige Basis zur Säuberung und unantastbaren Funktion der staatlichen Institutionen zu schaffen: Neuwahlen! Irgendwelche Ersatzlösungen werden das innenpolitische Dilemma Griechenlands mit unabsehbaren Folgen vertiefen. Kompromisse müssen nach den letzten Ereignissen immer provisorisch sein, denn eines hat der Karfreitag in Athen bewiesen: Eine demokratische Regierung kann sich nicht auf Tränengas und Bajonette stützen!

Vom Dorf zur Industriegroßstadt (III und Schluss)

Oberhausen - Bedeutende Persönlichkeiten

Von Erik Emig

Stadtgeschichte bedeutet für Oberhausen in erster Linie Wirtschaftsgeschichte, Industriegeschichte; denn die Stadt Oberhausen, die "Wiege der Ruhrindustrie", wäre ohne die eisenverhüttende und eisenverarbeitende Industrie kaum jene bedeutende Großstadt im Nordwesten des Ruhrgebietes. Erst in den letzten Jahrzehnten sind auch im kommunalen Raum neben die "Großen" der Industrie die Bürgervertreter als bestimmendes Element hervorgetreten. Die Zeit der großindustriellen Alleinherrschaft, Charakteristikum für die Anfangsjahre auch der gemeindlichen und städtischen Entwicklung hat einen Miteinander Platz gemacht.

Für die städtischen Anfänge mag gelten, dass Männer Geschichte machen, wenn die Voraussetzungen dazu vorhanden sind oder geschaffen werden können. In Oberhausen lagen diese Voraussetzungen vor allem in der politischen, landesherrscherlichen Zersplitterung des heutigen Stadtgebietes und in der bedeutenden Stellung der Kirche. Die Kirche oder doch viele ihrer klugen Repräsentanten wussten, dass wirtschaftliche Macht politische Macht bedeutet. Am Anfang Oberhausener Geschichte stehen zwei Geistliche, ein Mann und eine Frau, die, wie man so sagt, die "Zeichen der Zeit" erkannten: die Fürstäbtissin Cunegunda von Essen und der Domherr zu Münster, Friedrich Freiherr von der Wenge.

Kluge Rechnerin

Freiherr von der Wenge erhielt bereits 1741 von dem Kölner Kurfürsten Kutungsrechte für die Ausbeutung von Raseneisenerz auf dem Gebiet des heutigen Stadtteils Oberhausen-Osterfeld; die Essener Fürstäbtissin gab 1790 dem Trierer Berginspektorssohn Gottlob Jacobi den Auftrag, an der Escher die Eisenhütte "Neu-Essen" einzurichten. Die Kirchenfürstin war eine kluge Rechnerin und hatte in Jacobi einen jungen, tüchtigen Mann. 1795 kaufte sie die 1758 in Betrieb genommene Antony-Hütte, die Freiherr von der Wenge gegründet hatte. Die dritte Hütte, die "Guthofnungshütte", war im Besitz der Witwe Krupp. Doch war die Rentabilität der drei Hütten gering. Deshalb verkaufte die Fürstäbtissin "Neu-Essen" an die Schwäger Jacobis Franz und Gerhard Haniel. 1808 gelang es Jacobi, die drei Hütten zur "Hüttengewerkschaft und Handlung Jacoby, Haniel und Huyssen" zusammenzuschließen.

Die Haniels, bisher Kaufleute und Spediteure im benachbarten Ruhrort, wurden damit Industrielle. Franz Haniel vor allem verstand es vorzüglich, eigene Geschäftsinteressen mit denen der Allgemeinheit glücklich zu verbinden, und in Gottlob Jacobi hatte er einen aufgeschlossenen Partner. Der Hüttengewerkschaft erster grosser Erfolg war der Bau von Dampfmaschinen; schon 1814 liess Jacobi, in Verbindung mit dem hochbegabten Ingenieur Dinnendahl, die erste werkseigene Dampfmaschine bauen. Franz Haniel, Ruhrorter, von daher eng mit der Flußschiffahrt

verbunden, setzte sich für den Bau der Schiffswerft in Ruhrort ein; das Unternehmen gelang ihm ebenso wie die Versuche, die Oberhausener Industrie eng mit der Dampfschiffahrt und der Eisenbahn zu verbinden. 1830 lief auf der Ruhrorter Werft das erste deutsche Dampfschiff vom Stapel - die Anfänge der später berühmten Haniel-Rhein-Flotte.

Das Werden der Verbundwirtschaft

Haniels "Steckenpferd" war es, die Oberhausener Industrie durch Verkehrsverbindungen besser an die Absatzmärkte heranzuführen, und Jacobis Nachfolger in der Werksleitung der Hüttengewerkschaft, Wilhelm Lueg, liess schon 1843 das erste Schienenwalzwerk bauen. Er war der erste, der im Ruhrgebiet den Kokshochofen einführte. Innerhalb von knapp zehn Jahren wurden in Oberhausen sechs Hochöfen gebaut. 1855 wurden 5000 Tonnen, 1864 bereits 40 000 Tonnen Roheisen geschmolzen. Das Zeitalter der Dampfmaschine und der Lokomotive war auch das Zeitalter des Aufschwungs der Industrie in Oberhausen. Franz Haniels Bestrebungen, Bergbau, Eisenverhüttung, Eisenverarbeitung und Transport nicht nur technisch, sondern auch kaufmännisch-organisatorisch miteinander zu verbinden, sollte sich in der Zukunft als förderlich erweisen. Die "Verbundwirtschaft" war die Grundlage für das Aufblühen der Großindustrie. Welche Bedeutung die Verbundwirtschaft, die enge Verflechtung von Grundstoffen, Weiterverarbeitung, Transport und Energie hat, zeigt sich noch heute, 17 Jahre nach der "Entflechtung" durch den Alliierten Kontrollrat, denn die Überwindung der Auswirkungen dieser Entflechtung ist noch heute das grosse Problem der Ruhrindustrie überhaupt.

Oberhausener Geschichte ist vornehmlich Industriegeschichte. Die bedeutenden Köpfe aus der Frühzeit dieser Stadt waren Techniker, Kaufleute, Industrielle. Es waren Pioniere, wie sie vielleicht heute nur noch auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung anzutreffen sind. Jacobi, Haniel, Lueg sind ihre Prototypen, ähnlich wie die beiden Reuschs, Paul und Hermann in der zweiten Phase; sie bauten das System der Verbundwirtschaft, die automatisch zur Konzernbildung führt, weiter aus. Heute sind die "entflochtenen-Betriebe" aus wirtschaftlichen Erwägungen wieder auf verschiedene Arten miteinander verbunden.

Stellvertretend für viele: Hermann Albertz

Anders freilich war es im kommunalen und sozialen Bereich. Es gab keine "staatstragende Bürgerschicht", es gab wenig "Reiche", es gab zahllose "Arme", deren Selbstbewusstsein in industriellen Anfangszeiten nicht gefördert wurde. Dieses Selbstbewusstsein zu bilden, ist ebenfalls Aufgabe für Generationen. Und diese Aufgabe wurde und wird im Schatten der Publicity gelöst. Historiker pflegen sich kaum mit der bescheidenen Biographie jener Männer und Frauen zu befassen, die in zähem Kampf das Los der Menschen zu bessern suchen. Aber deren Arbeit ist für das Werden der modernen Industriegesellschaft mindestens ebenso bedeutend wie die der Gewerkschaftler, der Priester, der Fürsorger, der Kommunalpolitiker.

Stellvertretend für viele sei hier Hermann Albertz herausgegriffen, der Vater der heutigen Oberhausener Oberbürgermeisterin Luise Albertz. Er war "nur" Stadtverordneter einer Industriestadt. Aber wer heute viele kommunalpolitische Überlegungen analysiert, muss erkennen, dass die gedanklichen Grundlagen, die moralischen Verpflichtungen anderen gegenüber als Maßstab für Denken und Handeln, von diesen alten Kämpfern um die Besserstellung des Menschen gelegt worden sind.

Hermann Albertz, Schreiner, Sozialdemokrat, Fraktionsführer in schweren Krisenzeiten, verhaftet von den Kommunisten und den Nationalisten, unermüdlich tätig für die Verwirklichung seiner Überzeugung, Abgeordneter des preussischen Landtags, ein dickschädlicher Westfale, war ein Mann ebenbürtig, unerschrocken und tatkräftig wie die Gründer und Baumeister der Industrie. Als Stadtverordneter setzte er sich dafür ein, dass die Menschen in dieser Stadt bessere, gesündere Wohnungen erhalten, dass der Weg zur Arbeit leichter werde und dass der Arbeiter auch teilhabe an den Gütern der Kultur. Er hat den Konsum in Oberhausen mit aufgebaut, eine Fachabteilung in Verbindung mit einer Filiale der "Niederrheinischen Arbeiterzeitung" eingerichtet, die Volksbühne gefördert, kurz, das soziale Los seiner Mitmenschen zu bessern, war sein Ziel. Gemeinsam mit seinen Freunden hat er den Kampf gegen Gewalten jeder Art aufgenommen, bis er schliesslich der Gewalt erlag: am 20. Juli 1944 verhaftete ihn die Gestapo, er kam ins KZ Sachsenhausen, im Februar 1945 schrieb er noch einmal an seine Tochter Ina - seitdem fehlt jede Nachricht ...

Die erste Oberbürgermeisterin der Bundesrepublik

Seine Tochter hat den Kampf wieder aufgenommen, fest entschlossen, das Werk des Vaters fortzusetzen. Sie war eine jener Frauen, die schon gleich nach 1945 begannen, den Schutt wegzuräumen, wieder aufzubauen, eine neue Stadt zu schaffen, in der es zu leben sich lohnen sollte. Mit der Hartnäckigkeit und Zähigkeit ihres Vaters kämpfte sie für ein besseres Leben ihrer Mitmenschen. Sie nahm 1946 die Bürde des Oberbürgermeisters auf sich und hat sie bis heute getragen. "Das moralisch Richtige kann niemals das politisch Falsche sein", dieser väterliche Wahlspruch ist auch ihr Motto, als Mensch und als Politikerin, als Oberbürgermeister wie als Abgeordnete des Deutschen Bundestages, dem sie ununterbrochen seit 1949 angehört. Ihr Ziel: Oberhausen zu einer schöneren Stadt zu machen. Ihre Mittel: Hartnäckige Arbeit und unermüdlicher Einsatz, Überzeugungskraft und weibliche Klugheit ebenso wie umfangreiche Sachkenntnis.

Ihre Aufmerksamkeit widmet sie allgemeinen kommunalpolitischen Problemen ebenso wie denen der Kultur und der Sozialarbeit, Schwerpunkte ihrer Tätigkeit als Oberbürgermeister. Sie darf stolz sein auf die Leistungen. Anerkennung versagen ihr auch die politischen Gegner nicht. Sie musste durch manches Feuer gehen. Sie wurde hart und nüchtern. Was sie auszeichnet, diese erste Oberbürgermeisterin in der Bundesrepublik: ihre Weltoffenheit und ihr Gefühl, dass der Mensch, ganz gleich, welche Stellung er hat, im Beruf und Gesellschaft ein unverlierbares Individuum ist. Deswegen gilt ihre Meinung in Oberhausen, auch wenn es viele gibt, die anderer Meinung sind.

Bedeutende Köpfe aus Oberhausen? Diese Stadt hat nicht mit grossen Kulturleistungen aufzuwarten. Es ist eine Stadt der Arbeit, eine Arbeiterstadt. Die Ruhe muss sich erst Heimatrecht erkämpfen. Das ist nicht in einer Generation zu erreichen. Noch fehlt das Bewusstsein dazu. Ein Mann wurde in dieser rastlosen lärmenden Stadt geboren, der sicher einmal in die Theatergeschichte eingehen wird: Will Quadflieg. Er liebt seine Vaterstadt und sie liebt ihn.

Zu den Regionen des Geistes und der Künste braucht der Arbeiter eine Ecke. Wer könnte sie ihm besser bieten als Menschen, die sein Leben kennen?